

Anfrage über die Frage «Stehen die vorgeschlagenen Abbaumassnahmen (B 138) nicht im Widerspruch zum Legislaturbericht 2007–2011?»

eröffnet am 26. Januar 2010

Der Regierungsrat hat im Legislaturprogramm 2007–2011 die politischen Schwerpunkte seiner Regierungstätigkeit festgesetzt. Unter dem Titel «Standort Luzern stärken» hält der Regierungsrat fest, dass sich der politische und finanzielle Handlungsspielraum vergrössert habe und dass der Staatshaushalt gesund sei. Dabei setzt das Legislaturprogramm auf folgende Schwerpunkte: attraktiver Bildungsplatz und attraktive Wohnregion, nachhaltiger Umweltschutz und gute Gesundheitsvorsorge, um nur die wichtigsten Schwerpunkte zu nennen.

Mit der Botschaft B 138 unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat ein umfassendes Abbau- beziehungsweise Sparpaket. Ab 2011 sollen jährlich 27,2 Millionen Franken eingespart werden, ab 2012 werden jährlich noch weitere 34,6 Millionen Franken hinzukommen. Bei der tertiären Bildung sollen 20,9 Millionen Franken eingespart werden, im Gesundheitswesen 12,1 Millionen Franken und im Umweltbereich 3,4 Millionen Franken.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Ansicht, dass die Ziele, die im Legislaturprogramm 2007–2011 festgehalten sind, mit den rigorosen Sparmassnahmen gefährdet sind beziehungsweise nicht mehr erreicht werden können?
2. Ist der Ausbau der kultur- und sozialwissenschaftlichen Fakultät noch möglich, wenn Forschungsprojekte wegen Geldmangel nicht mehr durchgeführt werden können?
3. Ist damit zu rechnen, dass aufgrund der Finanzplanung ab 2013 Fakultäten geschlossen werden?
4. Die in der Vergangenheit durchgeführten Spitalvergleiche über die Qualität der Pflege attestieren dem Kantonsspital kein gutes Zeugnis. Besteht mit der nun vorgesehenen Kürzung der Staatsbeiträge beim Kantonsspital Luzern nicht die Gefahr, dass sich die Einsparungen negativ auf die Qualität der Pflege auswirken?
5. Ist mit einer Verschlechterung der medizinischen Grundversorgung für die Bevölkerung zu rechnen?
6. Hat man diese Gefahr bei den vorgesehenen Sparmassnahmen evaluiert?
7. Wenn man dem Personal der sozialen Einrichtungen eine Nullrunde auferlegt, besteht dann nicht die Gefahr, dass bei einem wirtschaftlichen Aufschwung ein personeller Notstand entsteht und die Pflegequalität abnimmt?

8. Die gute Lebensqualität, die im Legislaturbericht immer wieder hervorgehoben wird, steht auch im Zusammenhang mit einer guten Erschliessung durch den öV und einer intakten Umwelt. Welche Auswirkungen auf die Mobilitätsentwicklung des öV hat der geplante Leistungsverzicht von 2 Prozent, der vom Verkehrsverbund realisiert werden muss?
9. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, dass ein Leistungsverzicht im Bereich des Ausbaus des öV ein negatives Zeichen setzt und dadurch den Individualverkehr fördert?

Pardini Giorgio

Steinhauser Margrit

Zopfi-Gassner Felicitas

Mathis Oskar

Lorenz Priska

Dettling Schwarz Trix

Kiener Daniela

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Mennel Kaeslin Jacqueline

Lötscher-Knüsel Trudi

Beeler Gehrler Silvana

Suntharalingam Lathan

Morf Hermann